

Löhne des Bundes unter der Lupe

Der Nationalrat nimmt das Lohnsystem des Bundes einmal mehr ins Visier. Er will es vereinfachen, die Löhne an diejenigen der Privatwirtschaft angleichen und Entschädigungen strikter regeln. Er hat gestern drei Motionen aus den Reihen der SVP angenommen. Ein Personalkosten-Stopp beim Bund sei weiterhin nicht in Sicht, kritisiert der Luzerner SVP-Nationalrat Franz Grüter. Die Löhne seien in den letzten Jahren im Vergleich zur Privatwirtschaft überdurchschnittlich gewachsen. (sda)

Durchbruch bei Pädophilen-Initiative

Die Umsetzung der Pädophilen-Initiative ist auf der Zielgeraden. Der Ständerat ist dem Nationalrat in vielen Punkten entgegengerückt. So werden die leichten Delikte nicht aus dem Katalog der Anlasstaten gestrichen. Zudem sollen auch Taten an 16- und 17-Jährigen automatisch zu einem lebenslangen Tätigkeitsverbot mit Minderjährigen führen. Das Argument, dass die Initiative von Taten gegenüber Kindern spreche, setzte sich nicht durch. Noch nicht einig sind sich die Räte, ob es eine spezielle Regelung für die Jugendliebe braucht. Der Ständerat hat seinen ursprünglichen Beschluss fallengelassen. (sda)

Keine Besteuerung von Robotern

Der Nationalrat erachtet es als nicht zweckmässig, eine Besteuerung von Robotern und künstlicher Intelligenz zu prüfen. Er hat ein Postulat von Mathias Reynard (SP, Wallis) mit 133:54 Stimmen abgelehnt. Roboter und künstliche Intelligenz würden bald das Verständnis von Erwerbsleben und Beschäftigung revolutionieren, erklärte Reynard. Es sei daher dringend notwendig, die Risiken der neuen Innovationen einzudämmen. Der Ansatz sei falsch, erklärte Finanzminister Ueli Maurer. Eine solche Steuer sei nicht wünschenswert, weil es sich um eine Besteuerung des Kapitals handle und die Innovation und die Produktivität bremsen. (sda)

Wie zwei Männer der CVP die Frauen verärgern

Lohngleichheit ja, aber nicht so – sagt der Ständerat. Das Gesetz muss nun überarbeitet werden. Kritiker sprechen von Verzögerungstaktik.

von Doris Kleck

Ständerätin Anita Fetz (Basel-Stadt, SP) gehört zu den undiplomatischen Politikern im noblen Stöckli. Gestern warf sie ihrem Ratskollegen Konrad Graber (Luzern, CVP) vor, eine «Politik der übleren Sorte» zu machen. Ihm fehle der Mut, hinzustehen und zu sagen, dass er gegen die Massnahmen für mehr Lohngleichheit sei. So wie Fetz redeten gestern viele Frauen. Ständerätin Anne Seydoux (Jura, CVP) wurde vom Manöver ihrer Parteikollegen überrascht und war «sehr enttäuscht». Maya Graf, Co-Präsidentin der Frauenorganisation Alliance F, sprach von einer unehrlichen Verzögerungstaktik.

Graber geniesst den Ruf eines «Elder Statesman». Was war geschehen, dass er solch einen Groll auf sich zog? Der Luzerner CVP-Ständerat sagte: «Ich bin ausdrücklich für Lohngleichheit. Ich bestätige, dass Handlungsbedarf besteht.» Doch dann kam das aber: «Die Vorlage des Bundesrats ist der falsche Weg.» Deshalb reichte er in letzter Minute einen Rückweisungsantrag ein: Die Kommission soll neue Modelle prüfen. Der Antrag kam dank den Stimmen von SVP, FDP und den CVP-Männern durch.

Bürokratischer Leerlauf

Die Befürworter zeigten kein Verständnis dafür. Sie führten ins Feld, dass der Vorlage schon viele Zähne gezogen worden seien. Um die Vorlage mehrheitsfähiger zu machen, fügte die vorberatende Kommission zwei wesentliche Änderungen ein: Nur Firmen mit mehr als 100 Mitarbeitern (statt 50) sollten verpflichtet werden, alle vier Jahre eine Lohnanalyse zu machen. Zudem würde die Regelung nach zwölf Jahren hinfällig.

Die Gegner bezeichneten die Vorlage als bürokratischen Leerlauf, bemängelten das Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und bezweifelten, dass die nicht erklärbare Lohndifferenz von rund sieben Prozent ausschliesslich auf eine Geschlechterdiskriminierung zurückzuführen sei. Sie wollten



«Die Vorlage ist der falsche Weg»: Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber hat den Groll vieler Ständerätinnen auf sich gezogen. Bild Alessandro della Valle/Keystone

das Gesetz direkt beerdigen. Justizministerin Simonetta Sommaruga erinnerte in der Debatte an die immer gleichen Diskussionen zur Lohngleichheit. Es gebe drei Reaktionen. Die erste: «Die Lohndiskriminierung ist nicht erwiesen.» Die zweite: «Man müsste schon etwas tun, aber nicht jetzt.» Und die dritte: «Tun wir etwas, aber nicht das.»

Griffiger oder doch nicht?

Mit dem Ja zum Rückweisungsantrag wählte der Ständerat die dritte Variante. Graber verlangt, dass die Kommission ein Modell mit Selbstdeklaration prüft. Ihm schwebt vor, dass jeder Firmeneigner am Schluss des Jahres unterschreibt, dass er das Lohngleichheitsgebot einhält. Graber sieht zwei Vorteile: Erstens würden alle Firmen erfasst, zweitens wäre es administrativ weniger aufwendig. Sommaruga wendete ein, dass auch eine Selbstdeklaration eine Lohnanalyse voraussetze. Pirmin Bischof (Solothurn, CVP) wiederum möchte, dass die Lohngleichheitsmassnahmen zuerst beim Bund, später bei Kanton und Gemeinden und erst am Schluss in Privatunternehmen umgesetzt werden. Zudem verlangt er stärkere Durchsetzungsmechanismen – etwa ein erweitertes Verbandsklagerecht. Und er könnte sich Transparenzvorschriften wie in Deutschland vorstellen. Bischof nennt den Vorschlag des Bundesrats schlicht eine «Kukident-Vorlage».

Man halte fest: Graber will den Anwendungsbereich vergrössern, aber gleichzeitig die Vorlage mehrheitsfähiger machen. Sprich auch SVPler und FDPler dafür gewinnen. Bischof wiederum fordert ein griffigeres Gesetz, wobei die Vorlage auf Druck der Wirtschaftsverbände abgeschwächt worden ist. Die Kommission muss nun also das Ei des Kolumbus finden.

Böse Zungen behaupten, Graber und Bischof hätten es sich aufgrund ihrer Bundesratsambitionen weder mit links noch rechts verscherzen wollen. Für Fetz war nach der Debatte indes klar: «Das mit dem Bundesrat haben die beiden verspielt.»

Eskaliert der Streit bei der SDA erneut?

Die Redaktion der Agentur will eine Sistierung des Personalabbaus für die Dauer der Streitschlichtung, der Verwaltungsrat verweigert diese.

von Dennis Bühler

Im Arbeitskampf bei der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) bleiben die Fronten verhärtet: Nach gescheiterten Verhandlungen zwischen Verwaltungsrat und Belegschaft preschte die Unternehmensspitze vor bald zwei Wochen vor, als sie die Einigungsstelle des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) einseitig anrief. Die SDA-Redaktion war überrumpelt, stimmte dem Verfahren aber nach intensiven Diskussionen zu. Eine Bedingung allerdings stellten die Journalistinnen und Journalisten, die sich gegen den Abbau von 35,6 der 150 Vollzeitstellen wehren und hierfür vor einem Monat in einen viertägigen Streik getreten waren: Der Verwaltungsrat hätte bis gestern Abend bestätigen müssen, dass er den Abbau für die Dauer des Schlichtungsverfahrens sistiere.

Davon allerdings wollte die SDA-Spitze nichts wissen. Der Verwaltungsrat werde alle gesetzlich geregelten Vor-

aussetzungen für die Durchführung des Schlichtungsverfahrens einhalten, sagte dessen Sprecher Iso Rechsteiner gestern auf Anfrage. Doch: «Eine Sistierung der bereits ausgesprochenen Kündigungen ist gesetzlich nicht vorgesehen.»

Verwaltungsrat giesst Öl ins Feuer

Wie die SDA-Redaktion reagiert, ist offen. Heute Abend werde man an einer Vollversammlung über das weitere Vorgehen befinden, sagte ein Sprecher. Klar ist, dass Belegschaft und Gewerkschaften bis zum 6. März gegenüber dem Seco Stellung nehmen müssen. Das Staatssekretariat setzt bei Arbeitskämpfen auf Ersuchen der Beteiligten hin eine Einigungsstelle ein, wenn die Streitigkeit über die Grenzen eines Kantons hinausreicht, alle Verständigungsversuche der Parteien durch direkte Verhandlungen nicht zum Ziel geführt haben und keine vertragliche paritätische Schiedsstelle besteht. Umstritten ist der zweite Punkt: Die Redaktions-

kommission stellt sich auf den Standpunkt, die Unternehmensspitze habe die Verhandlungen vorzeitig abgebrochen.

Weiter Öl ins Feuer gegossen hatte Anfang Woche SDA-Verwaltungsrat Matthias Hagemann. In einem Interview mit Tele Basel behauptete er unter anderem, CEO Markus Schwab habe es geschafft, die Redaktion in den vergangenen Jahren vor Abbaumassnahmen

zu bewahren. Ein Blick in die Geschäftsberichte beweist das Gegenteil: Von 2003 bis 2016 wurde der Personalbestand um 23,45 Prozent gekürzt.

Auch sonst nahm es Hagemann mit der Wahrheit nicht allzu genau: Der frühere Verleger der «Basler Zeitung» sprach von «zwölf Frühpensionierungen», obwohl alle über 60-jährigen Mitarbeiterinnen und alle über 61-jährigen Mitarbeiter nicht pensioniert, sondern entlassen werden und sich somit kurz vor dem Erreichen des ordentlichen Pensionsalters auf dem Arbeitsamt um neue Jobs bemühen müssen.

SP, Grüne und BDP werden aktiv

Auch in der Frühlingssession der eidgenössischen Räte wird die SDA zum Thema. Gleich drei Parteien reichten diese Woche Motionen ein, mit denen sie den Bund zur «Stärkung der SDA als zentralen Pfeiler der Schweizer Medienlandschaft» aufrufen. Die SP fordert, dass im neuen Mediengesetz die recht-

23,5

Prozent

des SDA-Personalbestands wurde zwischen 2003 und 2016 abgebaut. Und nun sollen nochmals 35,6 von 150 Stellen wegfallen.